

29/1996

Bundesfinanzminister Theo Waigel:

Neue Währung sicherer als die D-Mark

Der Weg für den Euro ist frei. Die europäische Wahrungunion nimmt Gestalt an. Die EU-Finanzminister haben sich in Dublin auf die Grundzüge eines Stabilitätspaktes geeinigt, der mit dem Beginn der Wahrungunion 1999 eine stabile europäische Währung garantieren soll.

„Die spezifischen Hindernisse auf dem Weg zur Wahrungunion sind identifiziert und erfolgreich beseitigt worden“, erklärte der irische Finanzminister und amtierende Ratspräsident Ruairi Quinn am Ende der Tagung; und Bundesbankpräsident Hans Tietmeyer faßte zusammen: „Wir haben mehr als ein ‚Ja – im Prinzip‘ erreicht.“

Der Stabilitätspakt soll die strikte Einhaltung der Haushaltsdisziplin bei allen Teilnehmern an der Wahrungunion und damit die Zuverlässigkeit des Euro garantieren.

Bundesfinanzminister Theo Waigel: Der Euro wird stärker gesichert sein als die D-Mark. Stabilitatsvorgaben, wie sie in Dublin vereinbart worden sind, gibt es „weder im deutschen Verfassungsrecht noch im deutschen Haushaltsrecht“. Garant für einen stabilen Euro ist auch die Europäische Zentralbank. Sie ist noch unabhängiger als die Deutsche Bundesbank, de-

HEUTE AKTUELL

● Außenpolitik

Handelsbeschränkungen und Zölle zum gegenseitigen Nutzen abbauen. Lateinamerika-Reise des Bundeskanzlers. Seite 5

● Innenpolitik

Programm der Innenpolitiker für die zweite Hälfte der Legislaturperiode. Seite 8

● Recht

Von unmittelbarer Bedeutung für die Erhaltung unseres Rechtsstaats. Erklärung des BACDJ anläßlich des 61. Deutschen Juristentages. Seite 10

● Schulpolitik in Bonn

Ein Vorgang, der die Bundesregierung nicht gleichzeitig lassen kann. Seite 17

● CDU Mecklenburg-Vorpommern

Rot-Grün: das ist die unheilige Allianz der Zukunftsblockierer. Aus der Rede von Generalsekretär Peter Hintze auf dem 9. Parteitag der CDU Mecklenburg-Vorpommern. Seite 20

● CDU Schleswig-Holstein

Ottfried Hennig: Das Land ist zu schade für Rot-Grün. 49. Landesparteitag in Lübeck. Seite 24

Fortsetzung auf Seite 2

Euro wird ein „großer Erfolg“

Bonn und Paris sind davon überzeugt, daß die geplante europäische Einheitswährung ein „großer Erfolg“ wird.

Beide Regierungen teilten dieselben Ansichten in allen wichtigen Fragen, die bis dahin noch zu regeln seien, schrieben Bundesfinanzminister Theo Waigel und sein französischer Kollege Jean Arthuis in einem gemeinsamen Leitartikel für die „International Herald Tribune“ vom 20. September.

Die Wiederbelebung des Wachstums und die „beispiellosen Bemühungen“ beider Regierungen um einen Ausgleich der öffentlichen Finanzen würden es beiden Staaten erlauben, die Stabilitätskriterien des Maastricht-Ver-

trages zu erfüllen und der Europäischen Währungsunion am 1. Januar 1999 beizutreten.

Waigel und Arthuis betonten, daß das Wachstum im ersten Halbjahr 1996 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum allgemein bei 1,5 Prozent gelegen habe. Anfang 1997 werde sich das Wachstumstempo beschleunigen. „Die Bedingungen für unsere Wirtschaften waren seit vielen Jahren nicht so günstig.“ Deutschland und Frankreich, die derzeit nicht die Maastricht-Kriterien erfüllen, versuchen mit Sparmaßnahmen, die öffentlichen Defizite unter die geforderte Schwelle von drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zu drücken.

Fortsetzung von Seite 1

ren Unabhängigkeit immerhin mit einfacher Mehrheit im Deutschen Bundestag eingeschränkt werden kann.

Im einzelnen sieht der Stabilitätspakt vor, daß beim Überschreiten eines Haushaltsdefizits von drei Prozent eine unverzinsliche Einlage bei der künftigen Europäischen Zentralbank hinterlegt werden muß. Sie wird in eine Geldbuße umgewandelt, wenn kein Programm zur Beseitigung des Defizits in Kraft tritt. Maßnahmen zur Beseitigung des Defizits müssen innerhalb eines Jahres zum Erfolg führen.

Die Ausarbeitung der Einzelheiten, was also Zahlen, Fristen und Definitionen betrifft, verwies der Rat an den Währungsausschuß der Europäischen Kommission. Bis zum Ende der irischen Präsidentschaft im Dezember soll das Gesamtpaket geschnürt sein. ■

Termin einhalten

Vehement hat sich auf einem Parteitag der Wiesbadener CDU am 20. September Prof. Norbert Walter, Chefökonom der Deutschen Bank AG, dafür ausgesprochen, die Euro-Währung zum vorgesehenen Termin einzuführen. Falls die gemeinsame europäische Währung 1999 scheitere, werde ein solches Projekt vor dem Jahr 2010 nicht mehr zu verwirklichen sein.

Der CDU empfahl Walter, bei ihrer Argumentation zugunsten der Währungsunion nicht nur den „Kopf“, sondern auch „Bauch und Herz“ der Menschen anzusprechen.

Pressestimmen

Der Euro kommt

Das informelle Ministertreffen der Europäischen Union (EU) in Dublin hat zum Thema Europäische Währungsunion wichtige Klärungen gebracht. Bei den kommenden Detailverhandlungen können die Experten davon ausgehen, daß es den Regierungen mit dem vereinbarten Fahrplan für den Übergang zum Euro ernst ist. Der Starttermin 1. Januar 1999 wird von keinem der Minister in Frage gestellt.

Die Welt

Letzte Hindernisse beiseite geräumt

Es wäre ein Fehler, heute noch auf eine Verschiebung bei der Einführung des Euro zu spekulieren. Die Vorbereitungen sind dafür längst zu weit fortgeschritten. Banken, Automatenhersteller und andere Unternehmen haben bereits riesige Millionenbeträge investiert, um die Umstellung auf das neue Geld vorzubereiten. Und von der politischen Seite haben die EU-Finanzminister letzte technische Hindernisse beiseite geräumt. Der von ihnen vereinbarte Stabilitätspakt, verbunden mit saftigen Geldstrafen für Länder, die sich nicht daran halten, garantiert, daß der Euro auch nach seiner Einführung eine stabile Währung bleiben wird.

Freie Presse (Chemnitz)

Dem Ziel mit kräftigen Schritten nähergerückt

Der Euro soll wie geplant am 1. Januar 1999 kommen. Allen Zweiflern haben die Finanzminister der Union auf ihrem Treffen in Dublin signalisiert, daß der Staatenbund diesem Ziel mit kräftigen Schritten näher rückt. Und in diesem Kreis scheinen sich die sicheren Teilnehmer auch schon herauszuschälen: Deutsch-

land, Frankreich, Italien, Benelux, Finnland und Irland. Großbritannien bleibt höchstwahrscheinlich im Abseits. Schon zeichnen sich deutlich die weiteren Etappen auf dem Weg zum neuen Geld ab. Auf dem EU-Gipfel in Dublin soll kristallklar sein, daß der Euro 1999 eingeführt wird. Der historische Schritt zu einer neuen Qualität der europäischen Integration wäre dann vollzogen – auch wenn einige, wie die Briten, abseits stünden. Funktioniert der Euro erst einmal, überzeugt die Finanzmärkte und schafft das Vertrauen der Bürger, wird sich der Kreis schon erweitern.

Heilbronner Stimme

Stück für Stück fügt es sich zusammen

Der politische Wille, die europäische Integration mittels einer gemeinsamen Währung voranzutreiben, wird stärker. Die Erkenntnis wächst, daß nur der Euro im weltweiten Wettbewerb mit Dollar und Yen bestehen kann. Mit dieser Aufgabe wäre die D-Mark einfach überfordert. Um die Zustimmung der Bürger für die neue Währung muß aber weiterhin gerungen werden. Und da ist es schon hilfreich, daß sich die Finanzminister darauf geeinigt haben, daß vor der Umstellung auf den Euro abgeschlossene Verträge – Beispiel: Rentenpapiere – auch nach der Umstellung weiterhin gültig sein werden. Die Konturen des Projekts Euro gewinnen an Schärfe. Stück für Stück fügt es sich zusammen, und deutlich wird: Das ist keine Luftnummer.

Neue Ruhr/Neue Rhein Zeitung

Beherrzter Einstieg

Nur eine schwere Krise kann die Realisierung der Europäischen Währungsunion noch gefährden. Tritt sie nicht ein, wird es den Euro ab Januar 1999 geben, und wenige Jahre später werden Schilling-Banknoten und -Münzen nur noch Objekt von

Sammlerleidenschaft, nicht aber Gegenstände im Zahlungsverkehr sein. Etwas anderes als dieser Befund scheint nach dem Treffen der EU-Finanzgewaltigen in Dublin kaum noch möglich. Auch wenn zahlreiche Details noch zu klären sind, steht nun de facto fest, auf welcher Grundlage Europas Währungspolitik ins nächste Jahrhundert gehen wird. Nichts wird mehr ohne den Euro gehen.

Der Standard (Wien)

Nur ein wirklich stabiler Euro bringt Europa wirklich voran

Auf diesen Pakt drängen vor allem die Deutschen. Sie hätten auch am meisten zu verlieren, wenn der Euro zu einem Inflationsclub würde. Beliebt macht sie das nicht, aber der Druck ist wichtig. Denn nur ein wirklich stabiler Euro bringt Europa voran. Auch die Warnungen, bei den Eintrittskriterien in die Währungsunion nicht zu mogeln, sind nötig. Europa bleibt die charmanteste politische Vision am Ausgang dieses Jahrhunderts. Wer mit ihr umgeht, muß wissen: Große Ideen scheitern meist an kleinen Dingen.

Berliner Morgenpost

Stabilität nicht nur am Tag des Eintritts

Die europapolitischen Finanzminister sind sich einig. Die Stabilitätskriterien für den Eintritt in die Europäische Währungsunion dürfen nicht nur am Tage des Beitritts Gültigkeit haben. Sie müssen auch von Dauer sein. Andernfalls drohen empfindliche Strafen. Diese Entscheidung könnte für die Finanzminister neue Spielräume eröffnen. Bisher erfüllen nämlich nur drei europäische Länder die Beitrittsvoraussetzungen. Schon lange wird deshalb spekuliert, ob einem Land nur deshalb die Aufnahme in die Währungsunion verwehrt werden kann, weil es dieses Ziel im ent-

scheidenden Jahr 1997 knapp verfehlt. Eine Politik, die auf mittel- und langfristige Stabilität angelegt ist, dürfte allemal besser sein als der Versuch, die Verschuldung nur für einen einzigen Stichtag auf den Punkt zu bringen und dann wieder in den alten „Schlendrian“ zu verfallen.

General-Anzeiger, Bonn

Tricks werden unmöglich sein

Europa bekommt seinen Euro. Daran bestehen seit dem Wochenende noch weniger Zweifel als vorher. Denn Finanzminister und Notenbankchefs sind fest entschlossen, ihn einzuführen. Daher wird es zur größten Umwälzung in der Geschichte des Geldes kommen. Länder, die zuviel Schulden machen, werden durch immer höhere Zinsen geplagt – bis der Bürger erkennt, wie gefährlich die Schuldenmacherei ist. Tricks mit Wechselkursen oder mit Einschaltung der Notenpresse werden in Euro-Zeiten ja unmöglich sein.“

Die Presse (Wien)

Was noch fehlt: Eine Kampagne zur Schließung der Informationslücken

Jetzt kann der Euro kommen. Die EU-Finanzminister haben vier der wichtigsten Fragen zur Europäischen Währungsunion geklärt. Man kann sich zwar auf den Standpunkt stellen, es handele sich um die Lösung rein technischer Probleme, die den in Maastricht gefaßten politischen Grundsatz-Beschluß bloß ausfüllen. Aber der Teufel, der gerade in solchen Details zu hocken pflegt, hat schon so manchen Grundsatzbeschuß weggefegt. Was noch fehlt, ist neben einem schuldenabbauenden Konjunkturaufschwung, der diesen Namen verdient, eine Kampagne zur Schließung von Informationslücken. Nur wer die Vorteile erkennt, wird die entscheidende Frage mit „Ja“ beantworten.

Kölnische Rundschau

Lateinamerika-Reise des Bundeskanzlers

Handelsbeschränkungen und Zölle zum gegenseitigen Nutzen abbauen

„Ein großer Erfolg für die Außenpolitik der Bundesregierung und die deutschen Außenwirtschaftsbeziehungen“, so lautet das Resümee der einwöchigen Lateinamerika-Reise von Bundeskanzler Helmut Kohl.

In Begleitung einer hochrangigen Delegation von deutschen Unternehmern besuchte der Bundeskanzler in der dritten Septemberwoche Argentinien, Brasilien und Mexiko. Im Zentrum der Gespräche mit dem argentinischen Regierungschef Carlos Menem und dem mexikanischen Präsidenten Ernesto Zedillo standen neben dem Ausbau der wirtschaftlichen Zusammenarbeit auch Fragen der globalen Umweltpolitik und des internationalen Handels.

In diesem Zusammenhang sprach sich der Bundeskanzler in einer viel beachteten Rede vor dem mexikanischen Senat nachdrücklich für einen freien Welthandel aus und begrüßte den Beitritt Mexikos zum Nordamerikanischen Freihandelsabkommen NAFTA. Gerade für Deutschland als Exportnation sei es von großer Bedeutung, den Abbau von Handelsbeschränkungen und Zöllen zum gegenseitigen Nutzen voranzubringen.

Bundeskanzler Kohl würdigte den politischen Stabilisierungsprozeß in nahezu allen Teilen Lateinamerikas und verwies darauf, daß auch die Europäische Union hierzu wesentliche Impulse geliefert habe. Mexiko und Deutschland vereinbarten darüber hinaus, in Zukunft gemeinsam den Kampf gegen die internationale Drogenkriminalität und ihre Hintermänner aufzunehmen.

Von Oberbürgermeister Oscar Espinosa Villareal empfing der Bundeskanzler die

Ehrenbürgerwürde und die Stadtschlüssel von Mexiko-City. Der symbolische Wert dieses feierlichen Aktes kommt erst dann zur vollen Geltung, wenn man weiß, daß die deutsche Hauptstadt Berlin mit dieser größten Metropole der Welt durch eine Städtepartnerschaft verbunden ist.

Zum Abschluß seiner offiziellen Reise besuchte Bundeskanzler Kohl das VW-Werk in Puebla, wo er den 21 300 000. „Käfer“ der klassischen Bauart besichtigte und zu-

● **Argentinien:** Am Import war die Bundesrepublik Deutschland mit 6 Prozent, am Export mit 5 Prozent beteiligt.

● **Brasilien:** Am Import war die Bundesrepublik Deutschland mit 10 Prozent, am Export mit 5 Prozent beteiligt.

● **Mexiko:** Am Import war die Bundesrepublik Deutschland mit 4 Prozent, am Export mit 1 Prozent beteiligt.

Die Zahlen beziehen sich auf das Jahr 1994.

gleich grünes Licht gab für die Produktion des Nachfolgemodells „Beetle“, das nur in Mexiko hergestellt und von dort aus in alle Welt exportiert werden soll. Zuvor hatte der Bundeskanzler den Grundstein für einen Neubau der Deutschen Schule in Puebla gelegt. Bundeskanzler Kohl dazu wörtlich: „Auch in Zeiten knapper finanzieller Mittel muß und wird die Bundesregierung der Förderung deutscher Auslandsschulen einen hohen Stellenwert beimessen.“

Notwendiger Besuch

Über mangelnde Aufmerksamkeit der Deutschen kann sich Lateinamerika in diesem Jahr kaum beklagen. Anfang des Jahres traten sich Entwicklungsminister Spranger und Außenminister Kinkel bei ihren Besuchen beinahe auf die Füße, es folgte Bundespräsident Herzog mit einer vielbeachteten Visite in Zentralamerika, und nun ist Bundeskanzler Kohl in Argentinien, Brasilien und Mexiko unterwegs.

Für diese demonstrative Hinwendung der deutschen Politik zu den Staaten Lateinamerikas war es höchste Zeit. Nach dem Umbruch in Europa Ende der 80er Jahre und der deutschen Wiedervereinigung fanden die Regierenden auf dem Subkontinent ihre Sorgen schnell bestätigt, daß die Herausforderungen des Zusammenwachstums und des Wandels in Osteuropa den politischen Blickwinkel in der Bundesrepublik verengen könnten.

Über den eigenen Problemen und auch angesichts der sich abzeichnenden Chancen, die der Wirtschaftsgigant Asien bietet, hatten deutsche Politik und Wirtschaft Lateinamerika zeitweise aus den Augen verloren.

Inzwischen haben sich auf dem einstigen Kontinent der Caudillos und der Diktatoren fundamentale Veränderungen vollzogen. Auch Lateinamerika hat die Lehren aus dem Scheitern der kommunistischen Utopien einerseits und protektionistischer Wirtschaftspolitik andererseits gezogen: Von Fidel Castros Tropensozialismus abgesehen haben sich Demokratie und Marktwirtschaft etabliert – wenn auch

nicht überall gleichermaßen solide und ausgereift. Märkte wurden geöffnet, Zölle gesenkt, Staatsbetriebe privatisiert, Bürgerkriege beigelegt.

Die deutsche Wirtschaft, zum Teil seit Jahrzehnten auf dem Kontinent präsent, investiert denn auch wieder fleißiger auf dem Zukunftsmarkt Lateinamerika; gleichwohl hat sie viele Möglichkeiten, die sich aus diesem Umbauprozess ergaben, ungenutzt vorbeiziehen lassen. Frankreich, Italien, Spanien – von US-Unternehmen einmal abgesehen – stehen auf der Liste der Investoren, die die Privatisierungswellen in Lateinamerika als Chance begriffen haben, oben; deutsche Unternehmen sucht man vergeblich.

Mit Recht hat Kohl deutschen Managern deshalb die Leviten gelesen und mehr Risikobereitschaft und Engagement gefordert. Die Botschaft, die der Kanzler bei seinem Besuch verkündete, war klar, überrückig und nicht nur an Lateinamerika gerichtet: Die Zeit, in der sich Deutschland mit sich selbst beschäftigte, ist vorbei. Seine Gesprächspartner ermunterte er, an ihrer radikalen Sparpolitik festzuhalten. Ob dies als guter Rat ausreicht, steht auf einem anderen Blatt. Sowohl in Mexiko als auch in Brasilien und Argentinien haben die Menschen die bittere Erfahrung machen müssen, daß marktwirtschaftliche Öffnung und ausländische Investitionen allein nicht automatisch Arbeitsplätze schaffen und Brot auf den Tisch bringen. Jetzt kommt es darauf an, die Kluft zwischen reich und arm nicht weiter anwachsen zu lassen.

General-Anzeiger, Bonn

**Unsere
Elektronischen
Adressen:**

● INTERNET
<http://www.cdu.de>

● T-ONLINE
*CDU#

● X 400
c= de; a = dbp;
p = cdu; s = bund

Die Fakten sind nicht geeignet, das Vertrauen in Stolpe zu stärken

Als einen „Affront gegen die Demokratie“ bezeichnet Angelika Barbe, Mitbegründerin der SDP in der DDR, die Nominierung von Rosemarie Will als brandenburgische Verfassungsrichterin durch die SPD-Landtagsfraktion. (Tagesspiegel, 23. 9. 96) Damit soll nach dem Willen der Stolpe-SPD eine langjährige SED-Juristin ins oberste Gericht des Landes aufrücken, eine Frau, die noch im Oktober 1989 in einer Denkschrift gefordert hatte, DDR-Bürgerrechtsgruppen „zu kontrollieren oder gegebenenfalls auch zu verbieten“. (Focus, 16. 9. 96)

Damit nicht genug: In der Zeit der Wende hatte die SED-Juristin mit dem heutigen Chefideologen der PDS, André Brie, ein Pamphlet veröffentlicht, in dem sie vor „antisozialistischen Kräften und erdrutschartigen Veränderungen im Staatsapparat warnte“. (Stuttgarter Nachrichten, 24. 9. 96) Um so bemerkenswerter ist vor diesem Hintergrund die Berufung von Rosemarie Will in die SPD-Grundwertekommission durch SPD-Vize Wolfgang Thierse.

Verfehlt Entscheidung

Kein Wunder, daß der brandenburgische SPD-Bundestagsabgeordnete Stephan Hilsberg den Vorschlag seiner Partei als eine „verfehlt Entscheidung“ wertet: „Wer ein totalitäres Regime verteidigt hat, kann nicht heute an oberster Stelle den Rechtsstaat schützen.“ (Focus, 16. 9. 96) Barbe nennt die Nominierung Wills einen Skandal. Sie sieht in der Nominierung der ehemaligen DDR-Juristin politisches Kal-

kül: „Mit dem Hintergedanken, die SPD für PDS-Wähler attraktiver zu machen, soll die SED-Juristin Will zur ‚Reformsozialistin weißgewaschen‘ werden.“ (Tagesspiegel, 23. 9. 96)

Unter Druck gerät Ministerpräsident Manfred Stolpe auch wieder einmal durch seine Kontakte zur Staatssicherheit in der DDR. Der Spiegel (23. 9. 96) verweist auf einen jetzt aufgetauchten Treffbericht, der Stolpe „als willigen Helfer der Stasi-Macht“ offenbare. Dazu schreibt der Spiegel: „Bei der Suche der Stasi nach den Tätern machte Stolpe nach Aktenlage bereitwillig mit. ‚Nach Beratung offensiver Maßnahmen zur Ermittlung der Hintermänner und Organisatoren‘, heißt es in dem Treffbericht, ‚erklärte sich der IM einverstanden, entsprechende eigene Aktivitäten zu unternehmen‘.“ Nach Darstellung des Treffberichtes versprach – so der Spiegel – IM „Sekretär“, zum Beispiel bei Pfarrern aus der Oppositionsszene gezielt Nachforschungen anzustellen.

... finden sich diesmal Zeugen für die umtriebigen Aktivitäten

Auch die Stuttgarter Nachrichten (24. 9. 96) berichten von den neuen Unterlagen: „Nein, Manfred Stolpe kommt aus dieser Affäre so leicht nicht heraus.“ War es in der Vergangenheit das Aufzeigen der „Gratwanderung Stolpes zwischen Denunziation und Kirchendiplomatie“, „so finden sich diesmal habhafte Zeugen für die umtriebigen Aktivitäten“. (ebd.) Und die Berliner Zeitung kommentiert: „Die nun bekannt gewordenen Fakten aus dem Hause Gauck sind nicht geeignet, das Vertrauen in Stolpe zu stärken“. (24. 9. 96) ■

Programm der Innenpolitiker für die zweite Hälfte der Legislaturperiode

Zur gemeinsamen Klausurtagung der Innenpolitiker der Fraktionen von CDU/CSU und FDP erklärten die innenpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Erwin Marschewski und der FDP-Fraktion Max Stadler:

Die Innenpolitiker von CDU/CSU und FDP haben auf ihrer Klausurtagung in Boppard über vordringliche innenpolitische Vorhaben beraten, die bis zum Ende dieser Legislaturperiode der parlamentarischen Behandlung zugeführt werden sollen. Im einzelnen wurden behandelt:

- die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts,
- die Novellierung des Waffenrechts und
- die Reform der Beamtenversorgung.

I. Reform des Staatsangehörigkeitsrechts noch in dieser Legislaturperiode

Zwischen den Koalitionspartnern besteht im Grundsatz Einigkeit über folgende Reformanliegen:

- Der Grundcharakter der Einbürgerung wird zugunsten der Antragsteller geändert. Die Ermessensentscheidung soll durch die Anspruchsentscheidung ersetzt werden. Bisher liegt eine Einbürgerung in den allermeisten Fällen im Ermessen der Behörden. Künftig soll es weitgehend echte Rechtsansprüche auf Einbürgerung für die Antragsteller geben.
- Die Koalition strebt zudem weitere Erleichterungen für die Einbürgerungen an, insbesondere eine Verkürzung der für eine Einbürgerung notwendigen Aufenthaltsdauer in Deutschland. Die bisherigen Fristen (z. B. 15 Jahre im Normalfall) erscheinen zu lang. Allerdings soll mit einer

Einbürgerung das Ziel einer Integration verfolgt werden, so daß z. B. ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache vorausgesetzt werden.

- Alle offenen Fragen zur DDR-Staatsbürgerschaft sind zu regeln. Es ist klarzustellen, welche Wirkung der Verlust der DDR-Staatsbürgerschaft auf die deutsche Staatsangehörigkeit hat.

- Unverzichtbar sind ferner Entbürokratisierung und Straffung der staatsangehörigkeitsrechtlichen Verfahren.

Neben diesen Punkten muß auch die Rechtsstellung der hier geborenen Auslän-

Vor allem die Dienstrechtsreform muß verabschiedet werden. Die Koalitionsfraktionen appellieren an den Bundesrat, dabei zügig mitzutun.

der neu geregelt werden. Die in Rechtswissenschaft, Rechtspraxis und Politik diskutierten unterschiedlichen Reformkonzepte müssen aber in den kommenden Monaten noch eingehend geprüft und bewertet werden.

II. Neues Waffenrecht

Das geltende Waffenrecht ist kompliziert, überreglementiert, für die Betroffenen schwer verständlich und für die Behörden nur bedingt zufriedenstellend zu vollziehen. Seine Änderung liegt daher im Interesse der Behörden ebenso wie in dem der Schützen und Jäger. Die derzeit auf ein Gesetz und sechs Rechtsverordnungen sowie diverse Verwaltungsvorschriften verteilten Regelungen müssen übersichtlicher gestaltet werden.

Die Koalitionspartner verständigten sich darauf, die zweifellos bestehenden Interessengegensätze auszugleichen. Einerseits soll dem Anliegen der bundesweit 1,6 Mio Sportschützen und 350.000 Jäger sowie der Waffensammler in angemessener Weise Rechnung getragen werden, andererseits aber auch den im Zusammenhang mit der Wahrung der Inneren Sicherheit erhobenen, berechtigten Forderungen der Polizei nach einer möglichst geringen Waffenverbreitung in der Bevölkerung.

Deshalb soll an dem Grundsatz festgehalten werden, daß nur diejenigen Waffen führen sollen, die sie insbesondere zum Sport oder zur Jagd brauchen. Strafbestimmungen gegen unberechtigten Waffenbesitz oder für Waffenschieber sollen nicht gelockert werden. In diesem Punkt sollen keine „amerikanischen Verhältnisse“ in Deutschland entstehen. Der Nachweis eines waffenrechtlichen Bedürfnisses wird also auch in Zukunft notwendig sein.

Dabei sollte allerdings streng darauf geachtet werden, daß das waffenrechtliche „Regelbedürfnis“ für Jäger und Sportschützen künftig nicht zu bürokratisch festgelegt wird. Einzelheiten hierzu sowie zu weiteren in der letzten Legislaturperiode strittigen Punkten einer Waffenrechtsnovelle müssen den Beratungen der Ausschüsse vorbehalten bleiben.

III. Koalition wird Zukunft der Beamtenversorgung sichern

Angesichts der in den kommenden Jahrzehnten deutlich ansteigenden Aufwendungen der öffentlichen Haushalte für die Versorgung der Ruhestandsbeamten besteht zwischen den Koalitionspartnern Einigkeit darüber, das Versorgungsrecht auf der Grundlage des vom Bundesminister des Innern in Kürze vorzulegenden Versorgungsberichts zu reformieren, um die Beamtenversorgung auch in Zukunft finanzierbar zu erhalten. Es besteht aber kein Anlaß, die Eigenständigkeit der Be-

amtenversorgung, die im übrigen verfassungsrechtlich verbürgt ist, in Frage zu stellen, denn alle Kostenvergleiche zwischen Beamten und Tarifarbeitnehmern zeigen, daß die Beschäftigung von Beamten für die öffentlichen Dienstherren auch unter Einbeziehung der Versorgungsaufwendungen signifikant billiger ist als die Beschäftigung von Tarifarbeitnehmern.

Demgemäß ist es nicht nur verfassungsrechtlich, sondern auch aus finanziellen Erwägungen geboten, das bestehende Versorgungssystem grundsätzlich beizubehalten. Die Aufgabe lautet: Reform, nicht Systemveränderung.

Die Koalitionsfraktionen stellen ferner einmütig fest, daß eine Reform des Beamtenversorgungsrechts nicht zu einseitigen Sonderopfern der Beamten führen darf. Es ist sicherzustellen, daß notwendige Sparmaßnahmen in der Beamtenversorgung und in der gesetzlichen Rentenversorgung parallel verlaufen. Ferner ist selbstverständlich zu garantieren, daß der Vertrauensschutz der Betroffenen strikt beachtet wird.

Die Koalitionsfraktionen haben mit der Verabschiedung des Dienstrechtsreformgesetzes im Sommer dieses Jahres den Grundstein für die umfassendste Modernisierung des Berufsbeamtentums seit Jahrzehnten gelegt. Bestandteil dieses Reformwerks sind auch Maßnahmen zur Reduzierung von Frühpensionierungen, die bereits kurzfristig erhebliche Entlastungseffekte zugunsten aller Gebietskörperschaften bewirken werden. Es ist deshalb nicht nachvollziehbar, daß der Bundesrat die Dienstrechtsreform nicht oder allenfalls zögerlich behandelt.

Die Koalitionsfraktionen appellieren daher an den Bundesrat, seine politische Verantwortung wahrzunehmen und das Dienstrechtsreformgesetz auf der Grundlage der bereits getroffenen Absprachen zügig zu verabschieden. ■

Von unmittelbarer Bedeutung für die Erhaltung unseres Rechtsstaats

Auch der 61. Deutsche Juristentag in Karlsruhe greift wieder hochaktuelle rechtspolitische Fragen auf, die von unmittelbarer Bedeutung für die Erhaltung und Fortentwicklung unseres freiheitlichen, demokratischen und föderalen Rechtsstaats und seiner wirtschaftlichen Grundlagen sind: Rechtsvereinfachung, Verfahrensstraffung, die konsequente strafrechtliche Verfolgung von Korruptionsdelikten, eine ausreichende Finanzausstattung von Ländern und Gemeinden sind wichtige Voraussetzungen dafür, daß Verwaltung und Justiz effizient arbeiten und die geeigneten Rahmenbedingungen für eine freie, sozial verpflichtete Marktwirtschaft schaffen können.

Der BACDJ hat in der Vergangenheit immer wieder zu einzelnen der hier erörterten Fragen Stellung bezogen, zuletzt auf der Pressekonferenz von Ende Juli dieses Jahres, auf der wir verbesserte rechtliche Möglichkeiten zur Korruptionsbekämpfung einforderten. Die im Forum Verfassungsrecht am letzten Tag dieser Veranstaltung zu erörternden Probleme der Verfassungsgerichtsbarkeit und ihres Einflusses auf die Fachgerichtsbarkeit waren auch Gegenstand unseres Rechtspolitischen Kongresses vom März dieses Jahres. Praktiker und Wissenschaftler entwarfen damals Vorschläge für verfahrens- und materiellrechtliche Änderungen, um das Bundesverfassungsgericht zu entlasten; insbesondere um der ausufernden Inanspruchnahme der Verfassungsbeschwerde Herr zu werden.

Im folgenden nehmen wir zu den für die einzelnen Abteilungen erarbeiteten Gutachten wie folgt Stellung:

I. Abteilung Verfahrensrecht:
Empfehlen sich im Interesse eines effektiven Rechtsschutzes Maßnahmen zur Vereinfachung, Vereinheitlichung und Beschränkung der Rechtsmittel und Rechtsbehelfe des Zivilverfahrensrechts? (Gutachten Prof. Dr. Peter Gottwald)

1. Die Zivilgerichtsbarkeit ist heute kaum noch in der Lage, die sowohl durch steigenden Geschäftsanfall als auch durch Änderungen des materiellen Rechts verursachte Verfahrensflut zu bewältigen. Durch das am 1. März 1993 in Kraft getretene Rechtspflegeentlastungsgesetz konnten zwar personelle Engpässe aufgefangen werden, wie sie u. a. durch das im Januar 1992 in Kraft getretene Betreuungsrecht

**Presseerklärung des
Bundesarbeitskreises
Christlich-Demokratischer
Juristen (BACDJ) anlässlich
des 61. Deutschen Juristentages
in Karlsruhe**

entstanden waren. Das Erfordernis weiterer Rechtspflegeentlastung bleibt aber bestehen. Die Vereinfachung, Vereinheitlichung und auch Beschränkung von Rechtsmitteln und Rechtsbehelfen sind wichtiger Bestandteil dieser Bemühungen.

2. Wir unterstützen grundsätzlich den von allen Bundesländern getragenen Entwurf für ein Gesetz zur Vereinfachung des zivilgerichtlichen Verfahrens und des Ver-

fahrens der freiwilligen Gerichtsbarkeit, der auch Änderungen des Berufungs- und Beschwerderechts vorsieht.

3. Von hoher Bedeutung ist dabei die geplante Möglichkeit einer Ablehnung der Berufung durch einstimmigen Beschluß bei offensichtlicher Unbegründetheit der Berufung. Auf diesem Wege können Rechtsmittel, die teilweise nur aus Gründen des Zeitgewinns eingelegt werden, ohne den Zeitaufwand einer mündlichen Verhandlung erledigt werden.

4. Wir sprechen uns – wie der Gutachter – für eine grundsätzliche Beibehaltung der Berufung als zweite Tatsacheninstanz aus. Sie sollte jedoch, da die erste Instanz zunehmend als Durchlaufinstanz aufgefaßt und immer häufiger Berufung eingelegt wird, beschränkt werden. Gegen den Vorschlag der abermaligen Erhöhung der Berufungssumme geben wir zu bedenken, daß er zu Lasten des Rechtsuchenden mit Streitsachen von nur geringerem Streitwert, und damit im Zweifel zu Lasten des Rechtsschutzes „des kleinen Mannes“ geht. Es kommt statt dessen die Einführung einer Zulassungsberufung bei Streitwerten bis zu 10.000 DM in Betracht.

II. Abteilung Strafrecht:

Empfehlen sich Änderungen des Straf- und Strafprozeßrechts, um der Gefahr von Korruption in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft wirksam zu begegnen? (Gutachten Prof. Dr. Dieter Dölling)

Der BACDJ geht mit seinen Reformvorschlägen über die im Gutachten gemachten Vorschläge insoweit hinaus, als er eine teilweise Änderung der Grundtatbestände sowie eine Präzisierung von Legaldefinitionen fordert. Im einzelnen lauten unsere Vorschläge wie folgt:

1. Die Straftatbestände der Vorteilsannahme und Vorteilsgewährung sollten dahingehend erweitert werden, daß nicht nur die Annahme und die Gewährung von Vorteilen für die Vornahme von nachweisbaren Diensthandlungen bestraft werden, sondern die Annahme/Gewährung von Vorteilen den Tatbestand der Vorteilsannahme/Vorteilsgewährung bereits dann erfüllt, wenn sie einen Bezug zum Amt des Amtsträgers aufweist. Denn obgleich der BGH mit seiner Rechtsprechung dazu beigetragen hat, die Anforderungen an die Bestimmtheit der für den Vorteil erbrachten Diensthandlung abzusenken, ist der erforderliche Nachweis einer hinreichend konkretisierbaren Diensthandlung oft nicht zu erbringen.

2. Die Straftatbestände der Bestechung/Bestechlichkeit sind zu Verbrechen hochzustufen.

3. Die in § 11 Abs. 1 Nr. 2 StGB definierte Amtsträgereigenschaft sollte über die bisherigen Vorschläge hinaus präzisiert und erweitert werden dergestalt, daß auch in privatrechtlicher Form organisierte Aufgabenwahrnehmung der öffentlichen Verwaltung in den Definitionsbereich des § 11 Abs. 1 Nr. 2 StGB fällt.

**III. Abteilung Wirtschaftsrecht:
Empfehlen sich gesetzliche Regelungen zur Einschränkung des Einflusses von Kreditinstituten auf Aktiengesellschaften? (Gutachten Prof. Dr. Peter O. Mülberrt)**

Dem Gutachten von Professor Mülberrt kann in großen Teilen zugestimmt werden. In dem Dreiecksverhältnis Geschäftsbanken/börsennotierte Unternehmen/Aktionäre sind gravierende Fehlentwicklungen oder gar Mißstände nicht gegeben, die einen radikalen gesetzlichen Kurswechsel erfordern.

1. Beschränkungen des Beteiligungsbesitzes der Banken an Nichtbanken

Es ist dem Gutachter zuzustimmen, daß zwingende Argumente für ein Verbot des Beteiligungsbesitzes für Banken an Nichtbanken nicht bestehen. Abgesehen von verfassungsrechtlichen Problemen (Art. 14 Abs. 3 und Art. 3 GG) bleibt festzuhalten, daß es in bestimmten Situationen durchaus erwünscht ist und gewünscht sein kann, wenn Banken sich an Nichtbanken – z. B. zum Zwecke der Sanierung eines Unternehmens oder bei der Börseneinführung eines Unternehmens – beteiligen. Hinzu kommt, daß ein Zwangsabbau des Beteiligungsbesitzes der Banken auf unter 5 Prozent der Aktien des Drittunternehmens und die damit verbundene Auflösung stiller Reserven eine steuerliche Flankierung erforderlich machen würde, die angesichts der festzustellenden Tendenz der Geschäftsbanken in den letzten Jahren, ihren Beteiligungsbesitz ohnehin abzubauen, derzeit kaum darstellbar wäre.

Andere gesetzliche Einwirkungsmöglichkeiten, die Banken zum Abbau ihres Beteiligungsbesitzes zu veranlassen, sind insbesondere nicht im bankenaufsichtsrechtlichen Bereich (z. B. über Verschärfung der KWG-Vorschriften) oder in dem Gedanken der weiteren Absenkung des Schachtelprivilegs zu finden. Diese Lösungsansätze wären systemfremd.

Festzuhalten bleibt gleichwohl, daß aus ordnungspolitischen Gründen (Rolle der Banken als Kreditgeber und Anteilseigner, Mitgliedschaft von Bankenvertretern im Aufsichtsrat und Depotstimmrechtsvollmacht) der Beteiligungsbesitz der Banken an Nichtbanken zurückgeführt werden sollte. Von den privaten Banken wird diese Desinvestitionspolitik in den letzten Jahren – aus unterschiedlichen Gründen – auch betrieben. Es wäre hilfreich, wenn auch die großen Landesbanken – insbesondere die

West LB – diesem Beispiel der privaten Geschäftsbanken folgen würden.

2. Vollmachtstimmrecht

Das geltende Vollmachtstimmrechtssystem des Aktiengesetzes, einschließlich Vollmachtstimmrecht der Banken, hat sich im Grundsatz bewährt. Es gewährleistet vor allem hohe Hauptversammlungspräsenzen und schützt damit diese Gesellschaften vor erratischen Zufallsmehrheiten. Es ist Professor Mülbart zuzustimmen, daß das von der SPD vorgeschlagene Modell entgeltlich tätiger Stimmrechtsvertreter oder das von Teilen der FDP favorisierte Modell von bankinternen Stimmrechtsmandatären ungeeignet ist.

Es wird hinreichend sein, das System der §§ 128 und 135 AktG durch Regelungen zu ergänzen, die zu noch mehr Transparenz im Verhältnis Depotbank/Drittunternehmen/Depotkunde führen und den mündigen Aktionär auf etwaige Interessenkonflikte der Bank in diesem Dreiecksverhältnis hinweisen, so daß der Aktionär und Bankkunde u. U. von alternativen Stimmabgabemöglichkeiten Gebrauch machen kann. Zu diesen ergänzenden Regelungen gehört eine bessere Transparenz hinsichtlich etwaiger personeller Verflechtungen zwischen Depotbank und Drittunternehmen, klare Zuweisungen der Verantwortlichkeit auf der Organebene der Depotbank hinsichtlich der Ausarbeitung einer ausschließlich dem Aktionärsinteresse verpflichteten Abstimmungsvorschlags für die Hauptversammlung des Drittunternehmens und auch Einschränkungen bei der Inanspruchnahme globaler Stimmrechtsvollmachten bei Beschlüssen, die Mitarbeiter der Organpersonen der Depotbank bei dem Drittunternehmen betreffen, sofern die Bank an dem Drittunternehmen erheblich beteiligt ist.

3. Aufsichtsrat

Hier sollten die Rahmenbedingungen für eine Professionalisierung der Tätigkeit des

Aus der Bildungsarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung

Themen der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit gehören zum festen Bestandteil der Arbeit im Bildungszentrum Schloß Eichholz. Einen besonderen Stellenwert haben hierbei die entwicklungspolitischen Fachtagungen.

Leitung:

- Prof. Dr. Winfried Pinger, MdB, entwicklungspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

- Dipl.-Kaufmann Armin D. Pawlik, Eichholz, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Leiter der Hauptabteilung Bildungszentren

Die nächste Veranstaltung (Nr. 303):

Globale Strukturpolitik – mehr als ein Schlagwort? Zu den internationalen Rahmenbedingungen nachhaltiger Armutsbekämpfung.

19. Entwicklungspolitische Fachtagung, 21. bis 23. November 1996

Hauptthemen (u. a.):

- Machen internationale Rahmenbedingungen Menschen in Entwicklungsländern arm?
- Protektionismus und Dumping-Exporte der Industrieländer – Wie gerecht sind die Welthandelsbeziehungen?
- Aktuelle Themen der Entwicklungszusammenarbeit
- Auslandsverschuldung der Entwicklungsländer – Kein Ausweg aus der Verschuldungsfalle?
- Die Strukturanpassungsprogramme von IWF und Weltbank – Chancen zur Armutsbekämpfung oder Ursache von neuer Armut?

Weitere Informationen/
Anmeldungen:

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Bildungszentrum
Schloß Eichholz
Postfach 1331
50387 Wesseling
Fax (0 22 36) 7 07-2 30

Aufsichtsrats gesetzlich verbessert werden. Ein denkbarer Weg wäre eine noch weitergehende gesetzliche Begrenzung der Zahl der zulässigen Aufsichtsratsmandate pro Person. Gegen eine pauschale Absenkung spricht jedoch, daß die Bedeutung eines Aufsichtsratsmandates von Unternehmen zu Unternehmen völlig unterschiedlich ist und eine zu rigide Beschränkung der Zahl der Aufsichtsratsmandate viele mittelgroße Unternehmen daran hindern würde, wirklich qualifizierte Aufsichtsratsmitglieder für ihren Aufsichtsrat zu gewinnen. Zuzustimmen ist dem Vorschlag von Professor Mülbart, den Aufsichtsratsvorsitz insoweit doppelt zu

zählen, da dem Aufsichtsratsvorsitzenden eine besonders wichtige Rolle im Zusammenspiel mit dem Vorstand einerseits und der Hauptversammlung andererseits zukommt.

Über die Vorschläge von Professor Mülbart hinaus gilt es, die tatsächlichen Aufsichtsmöglichkeiten des Aufsichtsrates zu verbessern. Neben zahlreichen anderen Vorschlägen denken wir insbesondere daran, daß zukünftig die Abschlußprüfer des Unternehmens ihren konkreten Auftrag von dem Aufsichtsrat erhalten sollen und daß die Abschlußprüfer in den Bilanzsitzungen des Aufsichtsrats präsent sein müssen und Rederecht und Redepflicht haben. ■

Bundesfamilienministerin Claudia Nolte:

Familienfreundliche Arbeitszeiten und Wettbewerbsfähigkeit sind kein Widerspruch

500 klein- und mittelständische Betriebe haben sich innerhalb von zwei Jahren im Rahmen eines bundesweiten Modellprogramms des Bundesfamilienministeriums über flexiblere und familienfreundlichere Arbeitszeiten beraten lassen.

Mit Unterstützung von Beratungsstellen an acht Standorten – davon vier in den neuen Bundesländern – entwickelten 140 der Betriebe Konzepte für veränderte Arbeitszeiten, die es den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern erleichtern, Familie und Erwerbstätigkeit miteinander zu vereinbaren. Bei knapp der Hälfte der 140 Pilotbetriebe ist die Beratung beendet, in 51 Betrieben sind familienfreundliche Maßnahmen bereits umgesetzt.

Diese Ergebnisse des Modellprogramms „Beratungsangebote zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Klein- und Mittelbetriebe“ präsentierte Bundesfamilienministerin Claudia Nolte auf einem Fachkongreß in Bonn. Der Kongreß widmet sich der Frage, ob es sich kleine und mittlere Betriebe angesichts des immer stärker werdenden globalen Wettbewerbsdrucks leisten können, über familienfreundliche Arbeitsbedingungen nachzudenken.

Dazu Bundesministerin Claudia Nolte: „Ich behaupte: Die Zukunft des Standorts Deutschlands hängt auch von einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit ab. Familienfreundliche Arbeitszeiten und Wettbewerbsfähigkeit sind kein Widerspruch. Im Gegenteil: Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die

während ihrer Arbeitszeit mit familiären Verpflichtungen nicht belastet werden, sind motivierter und leistungsfähiger. Sie können eine qualitativ und quantitativ bessere Arbeitsleistung erbringen.“

Hauptanliegen des Modellprogramms ist es, die bei den Klein- und Mittelbetrieben bestehenden Informationsdefizite über flexible Arbeitszeiten abzubauen. Um diese Betriebe ansprechen zu können, sind als Träger des Projekts bewußt Institutionen ausgewählt worden, die in engem Kontakt zur örtlichen Wirtschaft stehen und Zugang zu den Beschäftigten haben. Betei-

Bundesweites Beratungsprojekt hat die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit bereits in 140 Betrieben vorangebracht.

ligt sind die Handwerkskammern aus Kaiserslautern, Hamburg, Cottbus, Reutlingen, die Südwestfälische Industrie- und Handelskammer zu Hagen, die Industrie- und Handelskammer Frankfurt (Oder) und das Bildungswerk der Thüringer Wirtschaft e.V. Erfurt/Eisenach.

Aus den bisher gemachten Erfahrungen sind im einzelnen folgende Ergebnisse hervorzuheben:

- Die Initiative zur Veränderung der Arbeitszeit geht in den untersuchten Klein- und Mittelbetrieben in aller Regel allein von den Betriebsinhabern und Betriebsin-

haberinnen aus. Betriebliche Ziele stehen dabei im Vordergrund, zum Beispiel die bessere Bewältigung von Schwankungen im Arbeitsanfall und die Erhöhung der Arbeitsproduktivität.

● Die betrieblichen Ziele treffen sich mit dem Interesse der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen an familiengerechten Arbeitszeiten. Diese beiden Interessen sind aber nicht von vornherein deckungsgleich, sondern sie müssen aufeinander abgestimmt werden. Aufgabe der Beratungsstelle war es dabei, Verständnis bei den Unternehmensleistungen für die familiären Belange der Arbeitnehmer zu wecken.

● Die untersuchten Klein- und Mittelbetriebe haben erkannt, daß Initiativen zur Veränderung der Arbeitszeit einen positiven Einfluß auf die Arbeitsmotivation, die Loyalität und Leistungsbereitschaft der Mitarbeiter haben können.

● Die Betriebe haben eine Reihe von unterschiedlichen flexiblen Arbeitszeitregelungen umgesetzt sowie Überstunden und die Arbeit an Samstagen reduziert. Starre Vollarbeitszeit konnte abgebaut und ungleichmäßig auf die Werkzeuge oder auf einen längeren Zeitraum verteilt werden. Verschiedene Formen der Mobilzeit (Teilzeitarbeit) wurden eingeführt bzw. ausgebaut. Eine Reihe von Betrieben öffnete sich für eine Verbindung von Mobilzeit und Gleitzeit sowie für eine Teilung von Arbeitsplätzen.

● Nicht alle Arbeitszeitformen und Arbeitszeitmodelle, die zwar allgemein die Zeitsouveränität der Beschäftigten erhöhen, müssen auch zwangsläufig zu einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit führen. Unabdingbar ist eine gesicherte Kinderbetreuung. Je flexibler die Kinderbetreuung ist, desto vielfältiger sind die Möglichkeiten für die Eltern, erwerbstätig zu sein.

● Die Hauptthemnisse bei der Umsetzung neuer Arbeitszeitmuster stellen bei den befragten Klein- und Mittelbetrieben die Unsicherheiten bezüglich der Anwendung rechtlicher und tarifrechtlicher Regelungen oder deren Folgen dar. Hier erwies sich die Beratung als besonders effektiv, um bei Klein- und Mittelbetrieben die vorhandenen rechtlichen Möglichkeiten korrekt auszuschöpfen.

Fazit der Ministerin:

„Es hat sich in dem Modellprogramm eindeutig gezeigt: Die Arbeitsplätze sind sicherer geworden, weil die Mitarbeiter flexibler auf Kundenwünsche reagieren können und der Betrieb sich dadurch Wettbewerbsvorteile verschafft. Flexible Arbeitszeitformen sind nicht nur etwas für Großbetriebe. Ich wünsche mir, daß immer mehr Institutionen, die mit Klein- und Mittelbetrieben vor Ort zusammenarbeiten, deren Beratung zu ihrer eigenen Aufgabe machen.“

Zahl der älteren Menschen steigt

Die Zahl der älteren Menschen in Deutschland nimmt weiter zu. Zu Beginn des letzten Jahres waren 15,4 Prozent älter als 65 Jahre.

In 15 Jahren werden die über 65jährigen voraussichtlich sogar ein Fünftel der Bevölkerung stellen. Auf 100 Personen zwischen 20 und 65 Jahren kommen dann wahrscheinlich mehr als 30 ältere. Diese Angaben gehen aus dem Statistischen Jahrbuch 1996 hervor, das der Präsident des Statistischen Bundesamtes, Johann Hahlen, am 19. September in Bonn vorgelegt hat.

Runder Tisch zeigt erste Ergebnisse

Der sportpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Klaus Riegert, erklärte zu dem Ergebnis des Initiativkreises „Wirtschaft und Sport“:

Der vom Bundeskanzler Helmut Kohl Anfang des Jahres initiierte Runde Tisch mit Vertretern aus Politik, Sport, Wirtschaft und Medien zeigt erste erfreuliche Ergebnisse.

Wirtschaft und Sport haben ein Sofortprogramm zum langfristigen Erhalt, zur Unterstützung und Förderung sportbetonter Schulen mit einem Volumen von jährlich mehr als 1 Mio. DM beschlossen. Dies ist ein wichtiger Schritt zur erfolgs- und leistungsorientierten Förderung junger Menschen in Sport, Bildung und Ausbildung. Wenn dabei zunächst 21 Schulen in den neuen Ländern und lediglich 5 vergleichbare Projekte in den alten Ländern gefördert werden, heißt dies nicht, daß frühere DDR-Programme übernommen und kopiert werden sollen. Es ist aber ein deutlicher Fingerzeig, wie Spitzensportförderung im Nachwuchsbereich in den alten Ländern vernachlässigt wurde. Hier galt das Prinzip „Zufall“, wie dies an den Ergebnissen der letzten sportlichen Großer-

eignisse deutlich wurde. Mit diesem „Förderprinzip Zufall“ sind wir dem Anliegen leistungswilliger und leistungsfähiger junger Menschen nicht gerecht geworden.

Wie wenig Bedeutung heutzutage immer noch dem Sport bei der Nachwuchsförderung in der Praxis zugemessen wird, zeigen die Absichten und Handlungsweisen einiger Kultusminister. Vollmundige öffentliche Deklarationen zum Sport helfen jungen Menschen nicht, wenn gleichzeitig der Sportunterricht in den Schulen gekürzt wird. Öffentliche Bekenntnisse zur Leistung und Ehrung von Medaillengewinnern bleiben leere Hülsen, wenn gleichzeitig die wenigen Stunden Schulsport zur Bewegungstümelei für bewegungsarme Schüler herabgestuft werden. Der Leistungsgedanke muß auch im Schulsport zur Geltung kommen.

Leistung macht Spaß und Freude, Leistung stärkt das Selbstbewußtsein und Selbstvertrauen. Gerade junge Menschen brauchen dies. Sie wollen Leistung erfahren und erbringen; wir sollten sie nicht daran hindern, sondern sie in ihrem Leistungswillen bestärken und ihre Leistungsbereitschaft uneingeschränkt fördern.

Berliner CDU-Aktion „Lehrstellen

25 Mitglieder der CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus und 3 Mitarbeiter haben am 2. und 3. September die Telefone 16 Stunden bedient und weit über 500 Telefonate entgegengenommen.

Das Landeskriminalamt, die Handwerkskammer, die Industrie und Handelskammer sowie die Fachgemein-

schaft Bau standen an beiden Tagen für telefonische Beratungsgespräche zur Verfügung. Darüber hinaus beteiligten sich an der Telefonberatung die Steuerberaterkammer, die Tierärztekammer, der Gesamtverband Einzelhandel, die Mittelstandsvereinigung der CDU und die Ausbildungsabteilung der Firma Siemens.

Ein Vorgang, der die Bundesregierung nicht gleichgültig lassen kann

Zur Absicht der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Bundesstadt Bonn, das dortige Hardtberg-Gymnasium in eine integrierte Gesamtschule umzuwandeln, erklärte der Staatsminister beim Bundeskanzler, Anton Pfeifer:

Wenn die rot-grüne Mehrheit im Rat der Bundesstadt Bonn ihre Absicht, das Hardtberg-Gymnasium in eine integrierte Gesamtschule zu überführen, durchsetzt, nimmt sie in Kauf, daß dessen traditionsreicher deutsch-französischer bilingueller Zweig abstirbt. Bekanntlich sind solche Zweige an integrierten Gesamtschulen nicht lebensfähig.

Ein solcher Vorgang kann die Bundesregierung nicht gleichgültig lassen. Ohne sich in einen Entscheidungsprozeß der Bundesstadt Bonn einmischen zu wollen, sieht sie sich daher verpflichtet, auf die den deutsch-französischen kulturellen Beziehungen abträglichen Konsequenzen einer solchen Entwicklung hinzuweisen.

Diese sind um so gravierender, als der gegenwärtige Stand des Deutsch- bzw. Fran-

zösischunterrichts in den beiden Partnerländern eines neuen Elans bedarf. Die Bundesregierung begrüßt daher alle Bemühungen der Kultusministerkonferenz, der Länder und Kommunen, die auf eine Verbesserung der Situation gerichtet sind. Die Bestrebungen der rot-grünen Mehrheit im Bonner Stadtrat laufen diesen diametral zuwider.

Es ist auch nicht erkennbar, wie ein solcher Beschluß mit der Tradition der Bundeshauptstadt Bonn vereinbar wäre, die in der Vergangenheit stets die Bemühungen des Bundes und des Landes Nordrhein-Westfalen, die kulturellen Beziehungen zu Frankreich zu pflegen, wirksam mitgetragen hat.

Außerdem paßt die Gefährdung des deutsch-französischen Zweigs an dem Gymnasium keinesfalls in eine Landschaft, in der sich die Bundesstadt Bonn als internationales Zentrum zu positionieren beginnt. Im deutsch-französischen Verhältnis brauchen wir nicht weniger, sondern mehr bilinguale Zweige an deutschen Schulen. ■

statt leere Stellen“ erfolgreich

415 Bewerberanfragen wurden registriert, davon konnten 120 direkt an eine Adresse eines ausbildungsbereiten Betriebes weitergegeben werden.

Leider entsprach das Angebot an freien Ausbildungsplätzen nicht der Nachfrage. Nur 19 Betriebe, mit insgesamt 25 Ausbildungsplätzen, boten zusätzliche oder freigebliene Lehrstellen an.

Dazu kamen 34 außerbetrieblich geförderte Ausbildungsplätze im Baubereich und 6 Fachschulausbildungen für Sozialpädagogik.

Ein großer Nachfrageüberhang war in den Büro- und Kaufmännischen Berufen zu verzeichnen. Rund 90 Bewerberanfragen standen nur 4 Angebote gegenüber.

Jungwähler bevorzugten CDU und Grüne

Die 16- bis 17jährigen in Hannover, die am 15. September erstmals nach dem neuen Landeswahlrecht an den Kommunalwahlen teilnehmen konnten, dankten diese Neuerung der SPD-Landesregierung nicht.

Sie wählten zu 37,3 Prozent die CDU. Auf Platz zwei folgten die Grünen mit 27,4 Prozent, dahinter die SPD mit 21,1 Prozent. Dies ergab eine repräsentative Wahlstatistik in Hannover. Geschlechtsspezifische Unterschiede im Wahlverfahren der Jugendlichen fielen vor allem bei den Grünen (die weiblichen Jugendlichen wählten sie zu 33,6, die männlichen zu 21,2 Prozent) ins Auge sowie bei der PDS, die von 5,5 Prozent der männlichen und von 0,6 Prozent der weiblichen Jugendlichen gewählt wurden. Eine landesweite Statistik über das Wahlverhalten der Jugendlichen gibt es nicht.

Wulff erfreut über Verhalten der Jungwähler: „Rechnung bei der SPD nicht aufgegangen“

Außerordentlich erfreut hat sich der Vorsitzende der Niedersachsen-CDU, Christian

Wulff, über das Verhalten der Jungwähler unter 30 Jahren in Niedersachsen gezeigt.

Es hat sich gezeigt, daß die Einschätzung richtig war, daß die CDU bei den niedersächsischen Jungwählern die höchste Zustimmung aller Parteien findet, sagte Wulff. Richtig hätten auch jene gelegen, die der SPD vorausgesagt hätten, sie würden hinter den Grünen in Niedersachsen nur den dritten Platz bei den Jungwählern belegen, sagte der CDU-Landeschef.

Wulff führte die hohe Zustimmung bei den jungen Wählern auch darauf zurück, daß es der CDU gelungen sei, auf ihren Listen für Ortsräte, Städte und Kreise viele junge Kandidaten auf attraktiven Plätzen unterzubringen. Daneben sei das Stimmverhalten der Jugendlichen nicht zuletzt auch eine Quittung für die miserable Bildungspolitik der Landesregierung. Wulff abschließend: „Die Rechnung der SPD, mit dem Wahlalter 16 und 17 ohne attraktives inhaltliches Angebot auf Stimmenfang zu gehen, ist nicht aufgegangen. Woraus die SPD lernen muß: der Wähler ist viel klüger, als es Sozialdemokraten glauben.“

Anzahl der weiblichen CDU-Abgeordneten mehr als verdoppelt

„Wir Frauen in der Niedersachsen-CDU haben bei den Kommunalwahlen am 15. September einen deutlichen Schritt nach vorn gemacht“, erklärte die Landesvorsitzende der niedersächsischen Frauen-Union, Irmgard Vogelsang, nach einer Vorstandssitzung der Organisation in Hannover.

Nach ersten Erkenntnissen habe sich die Anzahl weiblicher CDU-Abgeord-

neter in den Räten und Kreistagen mehr als verdoppelt. Spitzenreiter bleibe die CDU in der Hansestadt Osnabrück, wo 41 Prozent der Ratssitze von Frauen gewonnen seien. Die positive Entwicklung, so Vogelsang weiter, sei aber auch bei den Kreistagen festzustellen, obwohl es erfahrungsgemäß gerade im ländlichen Bereich besonders schwierig für Frauen sei, sich vor Ort durchzusetzen.

Deutschland ist ein neues Land geworden

Im Mittelpunkt des 9. Parteitages der CDU Mecklenburg-Vorpommern standen die Wirtschaftsfragen des Landes sowie die Diskussion zu Werten, Aufgaben und moderner Parteiarbeit.

In einem vom Parteitag verabschiedeten Antrag zur Verbesserung der Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Mecklenburg-Vorpommern fordern die Delegierten u. a. den schnellen Ausbau der Infrastruktur, die Vereinfachung und Beschleunigung von Genehmigungsverfahren sowie eine nachhaltige Investitionsförderung in Mecklenburg-Vorpommern.

Drei Parteitagsgremien beschäftigten sich mit der Wirtschaftsentwicklung im Flächenland mit der Forschung und Entwicklung sowie mit der Tourismusförderung in Mecklenburg-Vorpommern.

In einer Entschließung wies der CDU-Landesparteitag Bestrebungen westdeutscher Landesverbände zur Revision der Bodenreform und anderer Enteignungen

in Ostdeutschland von 1945 bis 1949 zurück.

Einen 37 Seiten umfassende Leitantrag unter dem Titel „Deutschland ist ein neues Land geworden“ bestätigte der Parteitag als Diskussionsgrundlage zu Werten und moderner Parteiarbeit in der CDU Mecklenburg-Vorpommern. Alle Gliederungen

9. Landesparteitag der CDU Mecklenburg-Vorpommern am 20./21. September in Gägelow bei Wismar

der Partei wurden aufgerufen, sich in den nächsten Monaten intensiv an einer Diskussion zu beteiligen.

(Ausführlicher Bericht über den Verlauf des Parteitages in der nächsten Ausgabe des UiD)

Mitarbeiten,

mitentscheiden,

mitverantworten

Die Senioren-Union der CDU Deutschlands lädt ein zu ihrer 6. Bundesdelegiertentagung in Heidelberg, Kongreß-Stadthalle vom 4./5. Oktober 1996.

Die Bundestagung steht unter dem Motto: „Mitarbeiten, mitentscheiden, mitverantworten“. Als Gastredner werden u. a. der Fraktionsvorsitzende Wolfgang Schäuble, der Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg Erwin Teufel und der Bildungs- und

Forschungsminister Jürgen Rüttgers sprechen. Zu der Heidelberger Bundestagung werden 500 Delegierte und Gäste erwartet.

Im Mittelpunkt der programmatischen Beratungen steht die Verabschiedung einer „Heidelberger Erklärung“. In diesem Positionspapier formuliert die Senioren-Union ihre Grundwerte und ihr daraus abgeleitetes politisches Selbstverständnis.

In Heidelberg wählen die Delegierten auch einen neuen Bundesvorstand, der die Vereinigung bis zur kommenden Bundestagswahl 1998 führt. Zur Wahl wird sich der bisherige Bundesvorsitzende der Senioren-Union, Bernhard Worms, ehemaliger Staatssekretär im Arbeits- und Sozialministerium, erneut stellen.

Generalsekretär Peter Hintze:

Rot-Grün: das ist die unheilige Allianz der Zukunftsblockierer

Zwei Jahre trennen uns noch von den nächsten Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern und im Bund. Es gilt, jetzt die Weichen für den Wahlerfolg zu stellen. Der heutige Parteitag leistet dazu einen maßgeblichen Beitrag. Von diesem Parteitag geht das Signal aus: Die CDU ist die führende politische Kraft in Mecklenburg-Vorpommern. Sie will es bleiben, und sie wird es schaffen.

Das ist wichtig für die Zukunft der Menschen in Mecklenburg-Vorpommern. Dieses Land zu regieren, ist eine wunderschöne Aufgabe – denn Mecklenburg-Vorpommern mit seiner reichen Kulturlandschaft, seinen herrlichen, unvergleichlichen Naturwundern ist ein Schmuckstück unter den Bundesländern.

Es ist aber auch eine sehr schwierige Aufgabe. Mecklenburg-Vorpommern ist ein Land mit gewaltigen Strukturproblemen. Der Sozialismus hat die industrielle Substanz verrotten lassen. Er hat nichts getan, um die Konkurrenzfähigkeit der Werften zu erhalten. Er hat nichts getan, um die Naturschönheiten als Quellen neuen Wohlstandes zu erschließen. All dies muß jetzt unter großen Anstrengungen nachgeholt werden. Daran arbeitet die CDU Mecklenburg-Vorpommern mit ganzer Kraft.

Und gerade weil es so schwierig ist, will ich einmal nachdrücklich sagen: Niemand könnte es besser. Ich kann nur bewundern, mit welcher Umsicht, welchem Geschick, auch welcher Hartnäckigkeit Angela Merkel, Berndt Seite, Paul Krüger, Eckhardt Rehberg, Rainer Prachtl und ihre Freunde für dieses Land wirken.

Sie lassen sich durch die komplizierte politische Konstellation und durch ständige Querschüsse des Koalitionspartners nicht beirren. Sie gehen konsequent ihren Weg – kompromißbereit zum Wohle der Menschen, zugleich klar und grundsatztreu. Das ist eine politische Meisterleistung, und dafür verdienen sie den Respekt und die Anerkennung der gesamten CDU Deutschlands.

Ich bin überzeugt, daß sich dieser Weg auszahlt. Die Menschen werden sorgfältig zur Kenntnis nehmen, wer dieses Land voranbringt – und wer nicht. Sie werden erkennen: Zukunft verbindet sich nur mit der CDU.

Gutes tun und davon reden

Vielleicht erkennt es nicht gleich jeder von allein. Also reden wir darüber. Die Leistungen der CDU unterliegen nicht der Schweigepflicht, und sie tragen auch nicht den Geheimstempel „Aufbewahren für alle Zeit“. Wir müssen unsere vornehme Zurückhaltung ablegen und nach der wichtigsten Devise der Öffentlichkeitsarbeit handeln: „Tu Gutes und rede darüber!“

Wir sind uns in ganz Deutschland darüber bewußt, daß der Aufbau Ost noch über viele viele Jahre der solidarischen Unterstützung bedarf. Dies ist unstrittig, und auch in Zeiten, in denen gespart werden muß, sind wir gefordert, hier unseren Beitrag zu leisten. Entscheidend ist aber, daß wir alle Maßnahmen danach ausrichten, eine selbsttragende Wirtschaft zu erreichen. Liebe Freunde, ich finde die Anglei-

chung der Lebensverhältnisse in Ost und West wichtig.

Aber wichtiger noch ist, daß wir die Grundlagen dafür auch tatsächlich ins Werk setzen. Lassen Sie mich am Beispiel ABM verdeutlichen: Es muß uns ein Alarmzeichen sein, wenn etwa das Institut für Wirtschaftsforschung in Halle zu der Erkenntnis kommt, daß Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in zu großem Ausmaß Beschäftigung am regulären ersten Ar-

**Aus der Rede von
Generalsekretär Peter Hintze
auf dem 9. Landesparteitag
der CDU Mecklenburg-
Vorpommern am
21. September in Wismar**

beitsmarkt verdrängen. Eine Gemeinde beispielsweise, die ihre Grünflächen durch ABM-Kräfte pflegen läßt, läßt dem privaten Gärtnerbetrieb keine Chance, hier ein festes Standbein aufzubauen und Arbeitsplätze zu schaffen.

Solchen Verdrängungseffekten müssen wir begegnen. ABM muß immer wieder daraufhin überprüft werden, ob es eine Brücke in den ersten Arbeitsmarkt ist. Es kann und darf nicht mit dauerhaftem Festland verwechselt werden, und es darf nicht zu einem Null-Summen-Spiel mit negativen Wirkungen werden. Deshalb finde ich es richtig, daß Paul Krüger Flexibilität und gezielteren Einsatz der Mittel ins Gespräch gebracht hat. Wir müssen mit dem Geld, daß wir dafür einsetzen, dafür sorgen, daß alles dem einen großen Ziel, Förderung der wirtschaftlichen Dynamik, auch tatsächlich dient.

Mit PDS: Trio infernale

Wer blockiert, bringt Deutschland nicht voran. Rot-Grün: das ist die unheilige Al-

lianzen der Zukunftsblockierer. Wenn dann noch die PDS dazu kommt, dann wird daraus das Trio infernale der Zukunftszerstörer.

Rot-Grün ist heute die langweiligste, fortschrittsfeindlichste Konstellation der deutschen Politik. Es ist mir unbegreiflich, daß Herr Scharping in dieser Situation auf ein rot-grünes Bündnis setzt. Die große gemeinsame Aufgabe heißt doch: mehr Wachstum, mehr Beschäftigung. In Nordrhein-Westfalen sehen wir jeden Tag, was Rot-Grün bedeutet: Kein Bündnis richtet mehr Schaden für Wachstum und Beschäftigung an als die rot-grüne Krachkoalition in Düsseldorf. Wer sich ein solches Tohuwabohu als Modell für Deutschland wünscht, der soll auf Rot-Grün setzen. Wer sich eine sichere Zukunft wünscht, der bleibt bei der CDU.

Zukunft verbindet sich mit der CDU. Wir diskutieren jetzt die nächsten großen Zukunftsprojekte: die große Steuerreform für das 21. Jahrhundert. Die Reform des Alterssicherungssystems. Unser nächster Parteitag wird im Zeichen dieser Reformprojekte stehen. Es geht darum, wie wir das Fundament für Arbeit, Wohlstand und soziale Sicherheit dauerhaft bewahren und stärken.

Sinn und Orientierung

Wir wissen aber auch: Wer die Zukunft sichern will, darf nicht nur über die materiellen Gesichtspunkte nachdenken. Er muß sich die Frage stellen, wie die Menschen in einer turbulenten, vielfältigen, sich rasch verändernden Welt Sinn und Orientierung finden.

Dabei handelt es sich um eine Schlüsselfrage für die künftige Entwicklung unserer Gesellschaft. Wenn Deutschland Zukunft haben soll, braucht es den Dialog und den Konsens über die unverzichtbaren Grundwerte menschlichen Zusammenlebens.

Das hat die CDU immer gewußt. Aber sie hat manchmal zu wenig darüber gesprochen. Gerade auch vielen Freunden aus den neuen Ländern verdanken wir den Hinweis, wie wichtig es ist, den Dialog über die Grundwerte in den Mittelpunkt unserer politischen Diskussion zu stellen. Sie haben darauf aufmerksam gemacht, wie groß die Sehnsucht nach Halt und Orientierung in den neuen Ländern ist. Nicht zuletzt haben sie betont, welche Bedeutung der Grundwertedebatte für die Ausgestaltung der inneren Einheit zukommt.

Diese Anregungen habe ich gern aufgenommen. Vor drei Wochen haben wir in Halle/Saale ein Zukunftsforum Grundwerte durchgeführt. Viele von Ihnen waren dabei. Sie haben hochkarätige Vorträge und spannende Diskussionen miterlebt. Es war eine gute Veranstaltung und ein guter Tag für unsere Partei. Hier in Wismar will ich noch einmal betonen: Ein wesentlicher Impuls für diesen Kongreß ist aus der CDU Mecklenburg-Vorpommern gekommen. Dafür danke ich. Ich danke ausdrücklich Eckhardt Rehberg, Angela Merkel, Paul Krüger und vielen anderen, die mit ihren Beiträgen die Diskussion befruchtet haben.

Die CDU Mecklenburg-Vorpommern ist eine erfolgreiche Partei. Wie ich festgestellt habe, ist sie auch eine streitbare Partei. Das ist gut so. Aus der engagierten Diskussion erwachsen die Anstöße, die uns gemeinsam weiterbringen.

Die Grundwertedebatte war ein solcher Beitrag, der uns weitergebracht hat. Ich werde dafür sorgen, daß sie weitergeführt wird. Ich habe mir vorgenommen, die Grundwertedebatte zu einem zentralen Bestandteil unserer politischen Arbeit zu machen; und ich zähle dabei auf Ihre Unterstützung.

Wer über die geistigen Grundlagen unserer Gesellschaft nachdenkt, muß sich auch jenen Kräften stellen, die diese Grundla-

gen bedrohen. Wir kennen diese Kräfte: Es sind die Menschenverführer mit ihren Ideologien, allen voran die letzten Geisterreiter des Sozialismus.

Sie sind schon wieder unterwegs und wollen den Menschen weismachen, der Sozialismus sei so übel ja nicht gewesen. Zumindest die Idee sei doch etwas Gutes.

Wir, die CDU, sagen klipp und klar: Der Sozialismus ist nicht nur an einigen unfähigen und vergreisten Bürokraten gescheitert. Der Sozialismus ist nicht an Erich Honecker zugrunde gegangen, sondern am Sozialismus.

Wir haben derzeit in der deutschen Politik eine Diskussion über die Frage, welcher Ort der PDS im Parteienspektrum zukommt. Die Sozialdemokraten waren sich nicht zu schade, in Sachsen-Anhalt gemeinsam mit den Grünen auf die PDS zu setzen, um an die Macht zu kommen. Die SPD hat damit Sachsen-Anhalt schwer geschadet, und sie hat vor allem ein Tabu gebrochen, nämlich, daß es keine politische Zusammenarbeit mit Parteien gibt, die nicht von Inhalt und Geist unseres Grundgesetzes geprägt sind.

Unselige Tradition der SED

Mein Hauptvorwurf gegen die PDS ist nicht in erster Linie die unselige Tradition, in der sie als Fortsetzungspartei der SED steht, mein Vorwurf ist, daß die PDS die Diktaturvergangenheit beschönigt, in ihrem Programm nach wie vor die alte Phraseologie drischt, den Menschen erneut den Sozialismus aufzwingen will und in ihren konkreten politischen Vorschlägen fernab der Realitäten hemmungslosen Verteilungsideen ohne jede Rücksicht auf die wirtschaftlichen Grundlagen nachhängt.

Ich sage Ihnen: Für eine demokratische Partei kann es keine Zusammenarbeit mit diesen Feinden unserer Grundordnung geben, und ich werde nicht müde, die SPD noch einmal aufzufordern, den fatalen

Weg einer politischen Zusammenarbeit mit diesen negativen Kräften nicht weiter zu beschreiten! Ich rufe der SPD zu: Kehren Sie zum demokratischen Konsens zurück!

Den Aufbau Ost vorantreiben

In dem Leitantrag des Landesvorstandes für diesen Parteitag habe ich den Satz gelesen: „Es darf nie wieder geschehen, daß das Schicksal unseres Landes von Radikalen – ob von links oder rechts – bestimmt oder nur mitbestimmt wird.“ Ich kann diesen Satz nur unterstreichen. Extremisten und Radikale haben unserem Land Unheil und Verderben gebracht. Wir dürfen nicht zulassen, daß sie jemals wieder Macht über Menschen gewinnen.

Im übrigen: Es ist eine Schande, daß die SPD zu einem solchen klaren Satz nicht fähig ist.

Die einzig wirkungsvolle politische Kraft der neuen Länder ist die CDU. Die CDU steht ein für die Menschen in den neuen Ländern. Sie können sich auf uns verlassen. Wir werden den Aufbau Ost vorantreiben, und wir werden weiterhin – auch bei knappen Kassen – tun, was dafür notwendig ist.

Frauen-Union für Frauen-Quorum

Der Bundesvorstand der Frauen-Union hat am 20. September in Berlin dem Vorschlag des CDU-Bundesvorstands zugestimmt, wonach Frauen an Parteiämtern und an öffentlichen Mandaten mindestens zu einem Drittel beteiligt werden sollen.

Wird bei Gruppenwahlen zu Parteiämtern im ersten Wahlgang das Frauen-Quorum nicht erreicht, ist der Wahlgang ungültig. Für folgende Wahlgänge gilt diese Regelung nicht.

Werben um die Mehrheit

Die Vorsitzende der Frauen-Union, Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth: Wir hoffen, daß das Frauen-Quorum auf dem 8. Parteitag in Hannover von der Mehrheit der Delegierten angenommen wird.

Erster Studienführer für Senioren

Erstmals gibt es jetzt einen Studienführer für Senioren. Dazu erklärte Bundesbildungsminister Jürgen Rüttgers:

An den wissenschaftlichen Hochschulen in Deutschland studieren derzeit ca. 25.000 Erwachsene im Alter von über 55 Jahren. Das ist eine erfreulich hohe Zahl. Für diese älteren „Studis“ lege ich für das Wintersemester 1996/97 einen „Studienführer für Senioren“ vor. Er enthält viele nützliche Tips und Informationen und bringt

vielleicht noch mehr Senioren auf den Geschmack, in die Universitäten hineinzuschnuppern.

Über 12.000 dieser älteren Erwachsenen, also fast jeder zweite, nehmen an einem besonderen Seniorenstudium teil.

Der Frauenanteil beim Seniorenstudium liegt bei fast zwei Drittel. Mit jeweils fast 30 Prozent sind die Altersgruppen der 60- bis 64-jährigen und der 65- bis 69-jährigen besonders stark vertreten.

Ottfried Hennig:

Schleswig-Holstein ist zu schade für Rot-Grün

„Schleswig-Holstein ist zu schade für Rot-Grün“ lautete das Motto des 49. Landesparteitages der CDU Schleswig-Holstein in der Lübecker Musik- und Kongresshalle. Neben der ersten Bilanz der rot-grünen Regierungstätigkeit in Kiel standen zwei Leitanträge des CDU-Landesvorstandes im Mittelpunkt des Parteitages.

Die Alternative zu Rot-Grün, die Position der CDU Schleswig-Holstein in der Debatte um eine große Steuerreform und ein Antrag zum Standort Schleswig-Holstein sind Bestandteile eines Paketes, in dem es um mehr Arbeitsplätze für das nördlichste Bundesland geht.

In seiner Grundsatzrede zog der CDU-Landesvorsitzende Ottfried Hennig eine bittere Bilanz der ersten fünf Monate rot-grüner Regierungszeit in Schleswig-Holstein. Nicht ein einziges Vorhaben habe die Landesregierung zustande gebracht, das die Überschrift Arbeitsplätze verdiene. Statt dessen sei eine Härtefallkommission für abgelehnte Asylbewerber eingerichtet worden, und für ein Schwulen- und Lesbenreferat und seine Projekte seien im Haushaltsplan 1997 500.000 DM vorgesehen.

Das Fatale an der politischen Entwicklung in Schleswig-Holstein sei eine gefährliche Lähmung in den entscheidenden Zukunftsfragen des Landes und Fehlentscheidungen zu Lasten der Wirtschaft und zu Lasten von Arbeitsplätzen.

Obwohl der rot-grüne Haushaltsentwurf bisher noch nicht gedruckt vorliege, zeichne sich ab, daß er die Weichen in eine völ-

lig falsche Richtung stelle. Die Investitionsquote erreiche mit 11,1 Prozent einen historischen Tiefstand, während die Personalkostenquote auf 39,7 Prozent klettere. Anstatt Stellen abzubauen, würden 1997/91 neue Stellen im Landesdienst geschaffen. Die rot-grüne Politik löse nicht die Probleme des Landes, sondern diene lediglich Einzelinteressen. Regierungspolitik diene nicht mehr dem Ganzen, sondern nur vielen einzelnen Teilen des Ganzen und schaffe neue Bürokratie z. B. durch ein Beauftragtenunwesen in Schleswig-Holstein.

Staatsquote zurückführen

Der Staat müsse jetzt aber Selbstbeschränkung üben. Deshalb sei ein Kurs der finanz- und haushaltspolitischen Solidität und des eisernen Sparens bei den konsumtiven und administrativen Ausgaben unverzichtbar. Nur die Rückführung der viel zu hohen Staatsquote schaffe Freiräume für private Investitionen und neue Arbeitsplätze.

Über die Erfahrungen mit dem rot-grünen Bündnis in Hessen berichtete der Vorsitzende der hessischen CDU-Landtagsfraktion, Roland Koch, dem Parteitag. Auch in Hessen, das im Vergleich zu Schleswig-Holstein wesentlich strukturstärker sei, gebe es einen schleichenden Prozeß wirtschaftlicher Veränderungen, der schwer sichtbar sei. So seien mehr als 3.000 hoch bezahlte und höchst qualifizierte Arbeitsplätze bei Siemens-KWU und den Hanauer Brennelementwerken ersatzlos weggefallen. Ein Großteil der früher in Hanau

durchgeführten Produktion werde jetzt in Niedersachsen unter geringeren Sicherheitsstandards fortgesetzt. Roland Koch wies auch auf Probleme der Insulin-Produktion bei der Hoechst AG hin, die über Jahre verhindert wurde. In der Frage leistungsfähiger Verkehrsverbindungen stoppte das rot-grüne Bündnis in Wiesbaden wie in Kiel wichtigste Zukunftsprojekte.

In einer Podiumsdiskussion erörterten neben Ottfried Hennig und Roland Koch der Präsident des Gesamtverbandes der metallindustriellen Arbeitgeberverbände, Dr. Werner Stumpfe, und der frühere SPD-Bundestagsabgeordnete Horst Niggemeier die Alternativen zu Rot-Grün. Dr. Stumpfe machte deutlich: Regierungskolitionen mit Beteiligung der politisch diffusen Grünen bringen ein Land nicht vorwärts. Rot-Grün sei auf keinen Fall und auf keiner Ebene eine annehmbare politische Konstellation. Grüne Regierungs- und Verantwortungsbeteiligung sei mit großen Risiken für unser Land und seine Menschen verbunden. Mal spüre man es sofort, mal hätten die Auswirkungen den Charakter einer Zeitbombe.

Weltfremde Restriktionen

Der frühere SPD-Bundestagsabgeordnete Horst Niggemeier aus Nordrhein-Westfalen sieht im rot-grünen Bündnisvertrag von Schleswig-Holstein reichlich viel vom biedereren Regulierungs- und Umverteilungsgeist der frühen siebziger Jahre, mit dem man die Probleme des globalen Zeitalters nicht lösen könne. Mit weltfremden Restriktionen sei der Arbeitsmarkt nicht in Ordnung zu bringen. Den Grünen sprach Niggemeier die Rolle einer „klassischen Partei“ ab.

Einstimmig hat der CDU-Landesparteitag einen von Bundesminister a. D. Gerhard Stoltenberg und den Bundestagsabgeordneten Dietrich Austermann und Michael

von Schmude formulierten Leitantrag des Landesvorstandes zur Steuerreform verabschiedet. Darin setzt sich die CDU Schleswig-Holstein für ein Einkommensteuersystem ein, das vom Prinzip der Gleichmäßigkeit der Besteuerung ausgeht und nur die Ausnahmen zuläßt, die vor allem durch das Prinzip der Leistungsfähigkeit definiert werden. Ziel der Steuerreform müsse auch eine erhebliche Absenkung des Tarifverlaufs sein. Die CDU Schleswig-Holstein hat sich in diesem Zusammenhang für einen linear-progressiven Einkommensteuertarif mit einem Eingangssatz von 20 und einem Höchststeuersatz von 40 Prozent ausgesprochen. „Die Senkung der Lohn-, Einkommens- und Körperschaftsteuer ist ein wesentliches Element unserer Politik für den Wirtschaftsstandort Deutschland, für mehr Dynamik und eine anhaltende Verbesserung der Arbeitsmarktsituation. Die Betriebe und die berufstätigen Menschen werden gegenwärtig zu stark belastet. Parallel zu einer dauerhaften Steuerentlastung sind weitere Entscheidungen dringend erforderlich um den Anstieg der Sozialversicherungsbeiträge für die Unternehmen und die Arbeitnehmer zu beenden. Nur so kann eine anhaltende Rückführung der Steuer- und Abgabequote erreicht werden, heißt es in dem Beschluß des Landesparteitages.

Im zweiten Leitantrag macht die CDU Schleswig-Holstein ihre Alternative zur rot-grünen Stillstandspolitik deutlich. Darin wird zum einen das Bündnis für Arbeit mit dem Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung der Bundesregierung unterstützt, zum anderen werden die vordringlichen Aufgaben des Landes in den Bereichen Forschungs- und Technologiepolitik, Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur, der Wirtschaftspolitik und die Wege zu einer wirklichen Verschlingung des Staates durch den Abbau von Aufgaben und eine verstärkte Privatisierung definiert. ■

3 Kieler Schulen sind Internet-Modellprojekt

„Die Kieler Gymnasien Wellingdorf und Kieler Gelehrtenschule sowie die Gesamtschule Friedrichsort werden Modellprojekt im Rahmen der bundesweiten Multimedia-Aktion „Schulen ans Netz“.“ Das erklärte die bildungspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion im schleswig-holsteinischen Landtag Angelika Volquartz.

Die Schulen erhalten zur Verwirklichung anspruchsvoller Unterrichtsvorhaben einen umfangreichen Netzwerkanschluß und eine Anbindung an das ISDN-Netz.

Die Aktion „Schulen ans Netz“ – gemeint ist damit das weltumspannende Computer-Internet – beruht auf einer Initiative des Bundesbildungsministers Jürgen Rüttgers und der Deutschen Telekom AG. Zusammen wollen sie in den nächsten drei Jahren 59 Millionen DM ausgeben. Nach Angaben von Angelika Volquartz unterstützen schon viele Sponsoren die Aktion. Ziel ist es, in möglichst kurzer Zeit 10.000 Schulen „ans Netz“ zu bringen und sie so „fit für das 21. Jahrhundert“ zu machen.

Beworben hatten sich rund 6.300 Schulen aus ganz Deutschland für diesen „Fitneßkurs“, rund 200 davon aus Schleswig-Holstein. Die eingegangenen Anträge gliedern sich in Einstiegs- und Modellprojekte. Im Gegensatz zu den Einstiegsprojekten setzen die als Modellprojekte eingestufteten Schulen bereits Computer und Telekommunikationsnetze im Unterricht ein. Deshalb haben sie sich auch mit zum Teil sehr konkreten Projekten beworben. Diese bereits laufenden Unterrichtsvorhaben zum Thema Internet können nun mit der Hilfe von „Schulen ans Netz“ zielstrebig fortgesetzt werden.

Informationen

bei Tag und Nacht

Für den Erfolg Ihres Schaukastens sind zwei Dinge besonders wichtig: der Standort und die Aktualität Ihrer Informationen. Ein guter Standort ist naturgemäß immer der, an dem besonders viele Passanten vorbeikommen und die Mitteilungen im Schaukasten lesen können, ohne dabei andere Passanten zu behindern. Für die Aktualität Ihrer Informationen sorgt der Wandzeitungsdienst der CDU-Bundesgeschäftsstelle. Je nach Aktualität erhalten alle Kreisverbände alle vier bis sechs Wochen eine neue Wandzeitung im Format DIN A2 quer zugesandt. Zusätzlich sollten Sie jedoch den Schaukasten auch regelmäßig mit eigenen kommunalen Themen aus der Arbeit Ihres CDU-Verbandes bestücken.

*Der Wandzeitungsversand der CDU-Bundesgeschäftsstelle erfolgt kostenlos an alle CDU-Kreisverbände.
Info's unter (02 28) 5 44-3 79*

● Schaukasten-Ständergarnitur

Ständergarnitur zur Freiaufstellung mattsilber eloxiert, einschließlich Befestigungsmaterial

Profilstärke 80 x 40 mm;
Länge 250 cm

Preis: 155,- DM

● **CDU-Schaukasten**

Informationskasten in wetterfester Ausführung aus Aluminium mattsilber eloxiert, mit magnethaftender Rückwand, 20 Magneten sowie speziellem „CDU-Informationen-Aufkleber“.

Die nach unten zu öffnende Sichtscheibe besteht aus 4 mm bruch sicherem Acrylglas und hat eine Sichtfläche von 84 x 69 cm. Maße: Rahmentiefe 7 cm, Außenmaße 100 x 85 cm, Preis: 435,- DM.



● **Schaukasten-Beleuchtungsgarnitur**

Beleuchtungsgarnitur einschließlich Spezial-Leuchtstoffröhre und Befestigungsmaterial, Preis: 100,- DM.

Bestellungen bitte nur schriftlich:

CDU-Bundesgeschäftsstelle
Abt. Öffentlichkeitsarbeit
Herrn Geiser
Friedrich-Ebert-Allee 73-75
53113 Bonn

oder per Fax (02 28) 5 44-3 72

Für die Gestaltung Ihres Schaukastens eignet sich besonders unsere

● **Rahmenwandzeitung**

im Format DIN A2 quer, die Sie z. B. zur Ankündigung eigener Veranstaltungen selber gestalten können.

Bestell-Nr.: 8777

Verpackungseinheit: 50 Expl.

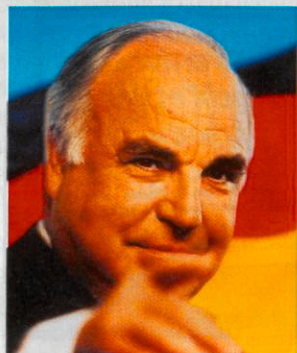
Preis je 50 Expl.: 15,- DM

zzgl. MwSt.

Bestellungen bitte an:

IS-Versandzentrum
Postfach 1164
33759 Versmold
Fax (0 54 23) 4 15 21

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
53014 BONN



Helmut Kohl:

»In erster Linie geht es uns um Arbeitsplätze«

Das Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung ist vor allem ein Zukunfts- und Reformprogramm: Es zielt auf die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, auf die Stärkung der Wachstumskräfte und damit auf mehr Beschäftigung.

**FÜR MEHR
WACHSTUM UND
BESCHÄFTIGUNG** **CDU**

Das ist die neueste Wandzeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten. Wenn Sie in den Verteiler für Wandzeitungen aufgenommen werden möchten, wenden Sie sich bitte an Ihre Kreisgeschäftsstelle.

UiD

29/1996

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (02 28) 54 40, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119. **Vertrieb:** Tel. (02 28) 53 07-1 89. **Verlagsleitung:** Bernd Proffittlich.
Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 56,- DM. **Einzelpreis** 1,50 DM. **Herstellung:** VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.